

Gutachten soll Wasserproblem einordnen

Fraktion SPD, FDP, Piraten und Ortsteile setzt sich für Grundstückseigentümer bei Umlegeverfahren ein

Von Bernd-Volker Brahms

Stendal | Das Umlegeverfahren in Stendal im Bereich des südlichen Haferbreiten Weges läuft weiter. „Wir haben mittlerweile den Umlegebeschluss erhalten“, sagt Anwohner Frank Bühnemann. Jetzt gebe es auch erstmals die Möglichkeit, rechtliche Schritte gegen das Vorhaben einzuleiten. Zahlreiche Grundstücksbesitzer haben Widersprüche eingelegt, berichtet Bühnemann. Er selbst habe auch einen Rechtsanwalt hinzugezogen.

Der Stadt fehlen noch viele Flächen für Straßenbau

Wie berichtet, möchte die Stadt Stendal zwischen den beiden Straßen Weidengang und Pferdemärsche noch zwei parallele Stichstraßen bauen und damit rund 140 Baugrundstücke schaffen.

Nur ein Teil der betroffenen 103 Grundstückseigentümer ist mit dem Verfahren einverstanden, das 2015 vom Stadtrat beschlossen worden war. Für die Stichstraßen konnten bis Mitte des Jahres in 57 von 103 Fällen die Flächen von der Stadt erworben werden. Weiteren Eigentümern droht quasi die Enteignung der Flächen. Die Stadt betreibt das Verfahren nicht selbst, sondern hat den Auftrag dazu an das Landesamt für Vermessung und Geoinformation weitergegeben.

Nachdem Anwohner im Mai und Juni sich massiv darüber beschwerten, dass sie überhaupt gar keine Informationen zum Verfahren hätten und dies auch in diversen städtischen Ausschüssen geäußert hatten, hatte die Stadt das Verfahren kurzzeitig gestoppt und eine Info-Veranstaltung mit Experten aus Halle organisiert.

„Konkretes haben wir da auch nicht erfahren“, sagt Bühnemann. Es gehe auch um Entschädigungsfragen und die Frage nach der Entwässerung.

Einige betroffene Anwohner haben den Kontakt zu Stadtpolitikern gesucht. „Bei der CDU hat man uns gesagt, dass es keinen Handlungsbedarf gibt“, sagt Bühnemann. Bei der Fraktion SPD, FDP, Piraten und Ortsteile habe man schon mehr Gehör gefunden.

Areal ist neuerdings ein Überschwemmungsgebiet

Nach einer Fraktionssitzung wird es einen Antrag für den Stadtrat geben, teilte der Fraktionsvorsitzende Herbert Wollmann mit. Demnach soll die Stadt ein Gutachten für das Gebiet Haferbreiter Weg/Arnimer Damm/Scheunenweg in Auftrag geben mit dem Ziel, herauszufinden, ob die derzeitigen und die zu erwartende baubedingte Versiegelung und Verdichtung des Bodens zu einem kritischen Anstieg des Grundwasserspiegels und zu Überschwemmungen bei Starkregen führt. Es soll geklärt werden, ob Haus- und Grundstücksbesitzer mit Wasserschäden und zukünftige Bauwillige mit erheblichen Zusatzkosten rechnen müssen.

„Das Areal ist als vorläufiges Hochwasserrisikogebiet eingestuft“, sagt Bühnemann. Als sogenanntes HQ 100 werde dies vom Landesbetrieb für Hochwasser und Wasserwirtschaft vorbereitet. Entsprechende Pläne wurden bereits im Juli im Internet zugänglich gemacht.

„Es ist schon bemerkenswert, dass die Stadt den Kiosk im Tiergarten mit Hinweis auf zusätzliche Kosten durch ein Hochwasserrisiko vorerst nicht baut und bei uns munter weiter plant“, sagt Bühnemann.

Die neuen Straßen sollen mit einer sogenannten Rigolenversickerung versehen werden. Dass heißt, dass Wasser werde in Behältern gesammelt und ans Grundwasser abgegeben, weiß Bühnemann. Da der Grundwasserspiegel aber äußerst hoch sei, könne bezweifelt werden, ob das überhaupt funktioniere. Eine Genehmigung für die Straße gebe es ohnehin noch gar nicht.